

Réforme de la profession d'avocat: premier acte

Après maintes péripéties en commission, le parlement vient de voter la transposition d'une nouvelle directive sur l'établissement des avocats européens à Luxembourg. Lors des travaux préparatoires, les conditions linguistiques à remplir furent un des points les plus controversés: la commission se prononça en ordre chronologique pour la seule connaissance du français, puis pour le renoncement à toute condition de langue, et enfin (dans sa majorité) pour la position initiale du gouvernement, à savoir la connaissance des trois langues du pays. Un excès de patriotisme contraire à l'avis du Conseil d'Etat et au principe communautaire de la libre circulation - ce qui fit remarquer à plusieurs député-e-s de l'opposition, mercredi à la tribune du parlement, qu'après le second vote prévu en automne, un recours et par suite une adaptation de la loi était programmés d'avance. Il semble que ce soit moins l'intérêt des justiciables - qui d'ailleurs ne se sont aucunement manifesté-e-s - que l'intérêt de la profession qui est en cause. On imagine pourtant mal qu'un/une avocat-e sans connaissances linguistiques appropriées pourrait fidéliser une clientèle. Pas besoin donc d'en faire une condition légale. Petit détail: Ce sera le Conseil de l'Ordre lui-même qui va vérifier, par un entretien oral, les connaissances linguistiques des personnes candidates. Vive l'impartialité ...

RTL: Alles fürn Arsch

RTL steht auf nackte Frauenärsche. Dieses Bekenntnis konnte man am vergangenen Mittwoch zur besten Sendezeit und mitten in der Nachrichtensendung "Journal" vernehmen. Unverhohlen wurde dort in einem Beitrag für den Hersteller von Unterwäsche, Triumph, geworben. Hintergrund der ungewöhnlichen Soliaktion: Eine, nach Augen der RTL-Autorin, altbackene Beschwerde der Frauenorganisation Cid-femmes über den sexistischen Charakter der neuesten Produktwerbung. Die an vielen Bushaltestellen angebrachten Plakate locken - rechtzeitig zur Tour de France - mit auf Drahteseln posierenden Damen, die entzückt ihren Allerwertesten in die Kamera halten. RTL findet das offensichtlich sowas von toll und die Sexismuskritik sowas von doof, dass es sich nicht scheute, sämtliche journalistischen Kriterien fahren zu lassen und mal ordentlich arschig über rückständige Frauen zu polemisieren. Schließlich gilt es, die neue (alte, gähn) Freizügigkeit, äh, Freiheit der Frauen in der Werbung zu verteidigen - wir leben ja nicht im 18. Jahrhundert. Meinungsfreiheit in allen Ehren, aber dieser Fernsehbeitrag war sowohl vom Informations- als auch vom Unterhaltungswert gesehen, ziemlich fürn Arsch.

Rotation bei "déi lénk"

Vergangene Woche trat Aloyse Bisdorff von seinem Abgeordnetenmandat zurück, ganz wie es die Statuten von "déi lénk" vorsehen. Sein Nachfolger ist Serge Urbany, von Beruf Anwalt und seit 1999 parlamentarischer Sekretär. Dass auf ein KP-Mitglied ein Vertreter der "Nei Lénk" folgt, der seinerzeit gar aus der KP ausgeschlossen wurde, verdeutlicht die allseitige Bereitschaft, innerhalb der Bewegung "déi lénk" zusammenzuarbeiten. Ob sie es wohl schaffen werden, am Rotationsprinzip als Instrument gegen die Personalisierung der Politik dauerhaft festzuhalten?

Forum Nr. 218 zum Thema Wohnungsnot

Die neue Forum-Ausgabe widmet sich nach 1977 und 1982 mal wieder ausführlich dem Thema Wohnungsnot in Luxemburg. Dabei steht ein weiteres Mal im Mittelpunkt der Analyse das Problem der Bodenspekulation. Von politischer Seite äußern sich unter anderem der sozialistische Bürgermeister von Düdelingen, Mars di Bartolomeo, und der grüne Abgeordnete Robert Garcia. Zudem kommen von Wohnungsnot direkt Betroffene zu Wort und erzählen vom Leben auf der Straße. Ein Beitrag diskutiert am Beispiel der Stadt Wien die Vor- und Nachteile des sozialen Wohnungsbaus.

PIERRE WERNER

Unter den Blinden ...

... werden Einäugige zu Visionären. Der kürzlich verstorbene Pierre Werner mag ein geschäftstüchtiger Politiker gewesen sein, gegenüber der Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen zeigte sich der Staatsmann weniger einsichtig.



Son Excellence Monsieur Pierre Werner, Ministre d'Etat, Haut patron du Cercle colonial (photo: Jubliäumsbroschüre Cercle colonial 1965)

(rw) - Mit Pierre Werner habe Luxemburg einen "überragenden Staatsmann", einen "großen Europäer", einen "Visionär" verloren, verlautet es zu dessen Tod aus Politik und Presse. Die Analyse blendet - Pietät oblige? - einen ganzen Teil der Persönlichkeit Pierre Werners aus, der als langjähriger Staatsminister großen Einfluss auf die Entwicklung Luxemburgs hatte.

Integrationsfigur?

Lucien Thiel beschrieb Werner 1974 als "Mann, der eigentlich Geschäftsmann werden sollte und dann Geschäftsführer einer ganzen Nation wurde". Und: "Vom Parteipolitiker Werner wissen die Annalen nicht viel zu berichten." (1) Einerseits Technokrat, andererseits aufrechter Katholik, tat sich Werner in den Sechziger- und Siebzigerjahren zwar als Reformers in Sachen Finanz- und Steuerpolitik hervor, erwies sich aber bei gesellschaftspolitischen Themen als Bremser. Er, der als Seiteneinsteiger zum Ministeramt kam, beschäftigte sich besonders in den zwei ersten Jahrzehnten seiner politischen Tätigkeit kaum damit, dass die CSV ideologisch erstarrt war: Ein unreflektierter konservativer Katholizismus blieb die Grundlage der christlich-sozialen Programme bis zum Ausscheiden aus der Regierung 1974.

Bezeichnend für die Grundhaltung der regierungsverantwortlichen CSV war etwa die

luxemburgische Entwicklungspolitik der Sechzigerjahre: Bis 1965 war Werner "Haut patron" des Luxemburger "Cercle Colonial". Dem Aufruf der Vereinten Nationen von 1962, die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Südafrika abzubauen, folgte Luxemburg nicht. Der Verpflichtung, mindestens 0,7 Prozent des BSP für Entwicklungshilfe auszugeben, kam das Land ebenfalls nicht nach: Mit 0,2 Prozent bis 1980, so Romain Hilgert, hatte Luxemburg "einen der niedrigsten Prozentsätze aller reichen Industriestaaten". (2) Werners erste Amtszeit als Staatsminister von 1959 bis 1974 war zudem mit immerhin zwei Regierungsbrüchen keine Erfolgsstory. Statt in den endlosen Affären um die Luxemburger Armee als schlichtende Integrationsfigur aufzutreten, schien er sogar selbst Drahtzieher zu sein. (3) Die heftigen Fehden zwischen Luxemburger Wort und Tageblatt zur Zeit einer CSV-LSAP-Koalition vermochte er nicht zu besänftigen.

Reformen unerwünscht

Erst in der Opposition zur reformfreudigen DP-LSAP-Koalition "entdeckte" Werner - der übrigens nun zum ersten Mal im Parlament Luxemburgisch sprach - die Gesellschaftspolitik. Er lief Sturm gegen die geplante Abtreibungsreform und schrieb sogar selbst einen Gegenentwurf. Seine "proposition de loi relative à la protection de la vie naissante" von 1978 sah als alleinigen legalen Abtreibungsgrund die Lebensgefahr für die werdende Mutter vor. Die Reform des Eherechts von 1974 mit unter anderem der Entkriminalisierung

des Ehebruchs fand ebenfalls nicht die Unterstützung der CSV. Die Liberalisierung des Strafvollzugs wurde von der Werner-CSV unter Beschuss genommen. Als es 1979 um die Abschaffung der Todesstrafe auf Verfassungsebene ging, weigerte sich die CSV, ihre Stimmen für eine qualifizierte Mehrheit beizutragen, die bei Verfassungsfragen notwendig ist.

Nach der Rückkehr der CSV in die Regierung war es mit den großen Gesellschaftsreformen auch schon wieder vorbei. Die vor 1979 im Rapport Calot vorgeschlagenen bevölkerungspolitischen Maßnahmen wurden in der zweiten Phase Wernerscher Amtszeit auf konservative Art umgesetzt. Die Erziehungszulage, von der Opposition auch Zuchtprämie genannt, war Herzstück der neuen Politik. Die Schaffung von Kinderbetreuungsinfrastrukturen dagegen wurde nur halbherzig vorangetrieben.

Nach seinem Rücktritt 1984 erwähnte Werner gegenüber dem Biographen Robert Frank rückblickend eine große Niederlage, die Einführung der Möglichkeit der Dispens von Religions- und Moralunterricht: "[...] il avait éprouvé un grand regret en quittant la scène politique, c'est de n'avoir pas réussi à avoir supprimé la fameuse 3e possibilité". (4) Ironie des Schicksals: Eine Woche vor seinem Tod hat das Parlament die Dispens abgeschafft.

- (1) Revue 1974, Nr. 2.
(2) Hilgert, Romain: Banken, Kaffi, Hädekanner, Seite 127.
(3) siehe etwa Robert Roemen: Aus Liebe zur Freiheit.
(4) Frank, Robert: Pierre Werner.

GMO-LABELLING

Kein Gentechschwindel

Gentech-Lebensmittel müssen deutlicher zu erkennen sein, meint die EU-Kommission. Dem Vorschlag stimmte diese Woche das Europaparlament zu. Die Mehrheit der Luxemburger Abgeordneten war allerdings dagegen.

(dw) - Die gute Nachricht aus Straßburg: Das Parlament sagt Ja zu einer Verschärfung der Kennzeichnung genmanipulierter Lebens- und Futtermittel. Zur Debatte standen diese Woche zwei Vorschläge der EU-Kommission. Greenpeace hatte die sechs Luxemburger Europa-Abgeordneten dazu aufgefordert, diesen zuzustimmen.

Seit 1997 bestimmt die Novel Food-Verordnung in der Europäischen Union den Umgang mit so genannten "neuartigen" Lebensmitteln. Alle Lebensmittel, die genetisch modifizierte Organismen (GMO) enthalten, müssen entsprechend gekennzeichnet werden. Besser gesagt, alle Lebensmittel, in denen GMO nachweisbar sind.

Dennoch haben sich inzwischen unzählige, perfekt getarnete Gentech-Lebensmittel in den Supermarkt-Regalen breitgemacht. "Es ist völlig inakzeptabel, dass genetisch veränderte Oliven oder Tomaten gekennzeichnet werden müssen, während das beim daraus gepressten Öl oder produzierten Ketchup nicht der Fall ist", regte sich die Abgeordnete der Grünen, Hiltrud Breyer, in Straßburg auf. Geht es nach der Kommission, wird sich die Kennzeichnung künftig nicht mehr nur auf das Endprodukt, sondern auf den gesamten Produktionsprozess beziehen: Kamen bei der Herstellung etwa eines Öls oder eines

Schokoriegels in irgendeiner der Produktionsstufen GMO vor, muss dieses auf dem Etikett deutlich vermerkt sein. Immerhin ein Prozent nicht zugelassener GMO wollte die Kommission der Lebensmittelbranche in der neuen Verordnung in Ausnahmefällen zugestehen - doch diesen Punkt ließ das Parlament nicht durch. "Eine solche Lücke wäre skandalös, nicht zugelassene Stoffe haben in Lebensmitteln nichts zu suchen", so Paul Lannoye, der das Votum im Parlament als großen Erfolg wertete.

Goebbels gegen Greenpeace-Terror

Einen Wermutstropfen nennt der belgische Abgeordnete der Grünen jedoch: Während GMO in Futtermittel künftig auch kennzeichnungspflichtig sind, gilt dies nicht für Produkte, die von Tieren stammen, denen dieses Futter in den Trog beige-mischt wurde. "Dies steht im Widerspruch zum Rest der Direktive", stellt Lannoye fest. In der Tat: Ein Brot, dessen Backmischung genmanipuliertes Getreide enthält, muss den GMO-Hinweis auf dem Etikett tragen. Das Kotelett hingegen, das vom mit GMO-Futter gemästeten Schwein stammt, unterscheidet sich für die Einkäuferin nicht von der GMO-freien Fleischware.

Nahezu geschlossen gegen die Verschärfung der Kennzeichnungspflicht stimmte am Mittwoch die Fraktion der Christdemokraten im Europaparlament. Da sich jedoch Linke, Grüne, Liberale und Sozialdemokraten zusammengetan hatten, wurden

die Kommissionsvorschläge mit eindeutiger Mehrheit gestimmt.

Von den Luxemburger Abgeordneten sagten jedoch lediglich Colette Flesch (DP) und Claude Turmes (Déi Gréng) Ja zu mehr Transparenz im europäischen Lebensmittelrecht. In der Liste der Nein-Stimmen fanden sich neben Astrid Lulling und Jacques Santer auch Jacques Poos und Robert Goebbels. Dabei stachen diese beiden Namen innerhalb der Fraktion der Sozialdemokraten (SPE) regelrecht ins Auge - stimmte doch der Rest der 150 SPE-Abgeordneten nahezu geschlossen für die Kommissionsvorschläge.

Als "Skandal" bezeichnete Greenpeace-Luxemburg dieses Votumsverhalten prompt. Die Abgeordneten unterliefen "die Politik der luxemburgischen Regierung in Sachen Gentechnik" und "sabotierten die Rechte der Verbraucher". Der als Befürworter der Gentechnologie bekannte ehemalige Bautenminister Robert Goebbels reagierte pikiert: Die "Spendensammler-Organisation" Greenpeace betreibe "Meinungsterror", wovon sich neben den Verbrauchern auch die luxemburgische Regierung einschüchtern ließe. Besonders beeindruckt hätte der "Terror" demnach seine Parteikollegen Johnny Lahure und Alex Bodry: Die beiden ehemaligen Minister waren unter anderem mit der Unterzeichnung eines Moratoriums gegenüber der Einfuhr von neuen Gentech-Produkten maßgeblich an der skeptischen Linie der Luxemburger Politik in Sachen Gentechnik beteiligt.